

Schließlich geht es um das Thema „Vergangenheitspolitik“, dem fünf Beiträge zugeordnet sind. Kersten Schübler wendet sich zum Auftakt einer Analyse des Phänomens der Verspätung bei Helmuth Plessner zu, während Wolfgang Freund einen anregenden Forschungsbericht zur deutschen und französischen Elsass-Lothringen-Forschung vorlegt. Unter dem gelungenen Titel „Ein Achter Mai macht Geschichte“ beschäftigt sich anschließend Bernd Sösemann mit der „Medienkommunikation in der Phase nationalsozialistischer Kapitulationen“ und der Frage, warum ausgerechnet der 8. Mai zum Tag der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches wurde, ein Tag, an dem keinerlei Kapitulationsurkunde unterzeichnet wurde. Die Beiträge von Christoph Butterwegge („Das deutsche Volk stirbt aus‘. Ein rechter Diskurs wandert in die Mitte“) und Jan Selling („Levande historia‘ als schwedisches Mahnmal. Von der Vergangenheits- zur Geschichtspolitik“, S. 539-567) bilden den Abschluss des Bandes. Im Anhang des üppigen Buches findet sich ein Schriftenverzeichnis von Wippermann (S. 571-591).

Positiv gewendet unterstreicht die Vielfalt der Beiträge die intellektuelle Kapazität des Jubilars und die Breite seiner Forschungsthemen, doch kann dies am eigentlichen Fazit nur wenig ändern. Auch dieser Band bestätigt die eingangs erwähnten Bedenken gegen die Gattung Festschrift: Manches hätte eine Publikation in einer renommierten Zeitschrift verdient, manches lag wohl als Stückwerk lange in den Schubladen (und hätte dort auch bleiben können) und vieles wäre in einem speziellen Themenband besser aufgehoben gewesen. Vielleicht ist es an der Zeit, an andere Formen der Ehrung verdienter Wissenschaftler zu denken als an eine Festschrift.

Lüneburg

Joachim Tauber

Briefe des Ostforschers Hermann Aubin aus den Jahren 1910-1968. Hrsg. von Eduard Mühle. (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, Bd. 7.) Verlag Herder-Institut. Marburg 2008. VIII, 608 S. ISBN 978-3-87969-349-8. (€ 58,-)

Seiner Biografie Hermann Aubins¹ hat Eduard Mühle nun eine Briefedition folgen lassen. Sie beruht auf dem Auswahlkriterium, Persönlichkeit, Wollen und Wirken des bekanntesten deutschen „Ostforschers“ in Selbstzeugnissen vorzustellen. Der Quellensammlung sind Überlegungen zum wissenschaftlichen Stellenwert von Gelehrtenkorrespondenz im Spiegel bereits publizierter Schriftwechsel markanter Historiker vorangestellt. Es ist ein besonderes Anliegen des Hrsg.s, über Aubin die vermeintlich bislang unzureichende Diskussion über die politische Bedeutung der Ostforschung während des Nationalsozialismus und des Kalten Krieges zu dynamisieren. Indessen ist diese Kontroverse weiter vorangeschritten, als M. es darstellt, zumal er die Kritiker seiner Biografie bei der Hinführung zum Verständnis der Aubinschen Briefe völlig ausblendet. Das fällt aber mangels Literaturverzeichnis erst bei genauer Lektüre des Anmerkungsapparats der Edition auf.

M. belässt es unter ausschließlichem Hinweis auf seine eigenen Studien bei einer sehr knappen Vita des Briefautors. Eine thematische Zuordnung der Briefe innerhalb der dem Chronologieprinzip folgenden Quellensammlung sowie ein Schlagwortregister hätten den wissenschaftlichen Zugang erleichtert.

Wer so, notgedrungen, der Feder des Autors von Brief zu Brief folgt, vergegenwärtigt sich eines Intellektuellen, dem kommunikatives Schreiben ein Lebensbedürfnis war: zum einen als Ausdruck familiärer und freundschaftlicher Verbundenheit mit den Adressaten und zum andern in dem Bemühen, Kollegenschaft und institutionelles sowie berufliches Umfeld für seine wissenschaftlichen Vorhaben zu interessieren, zu gewinnen und einzuspannen. Letztlich ging es dem Briefeschreiber Aubin darum, seinem wissenschaftlich-

¹ EDUARD MÜHLE: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005.

forscherischen Tätigsein zu politisch und sozial gestalterischer Wirksamkeit zu verhelfen. Für Aubin bildete die Wissenschaft das Vehikel zum Transport seiner volkstums- und kulturraumpolitischen Ideen. Ein politisch denkender Mensch instrumentalisierte die Geschichtswissenschaft weitgehend im Sinne eines rassenideologisch begründeten territorialen Expansionsdrangs. Das gilt für seine Tätigkeit im Rahmen der West- wie insbesondere der Ostforschung. Hier nahm Polen weitgehend seine wissenschaftliche Aufmerksamkeit in Anspruch, dessen staatliche Existenz er weder völkisch-national noch kulturpolitisch begründet sah.

Aubins intensive Verbindungen zu den unterschiedlichen Instanzen des nationalsozialistischen Regimes dürfen nicht als Indiz für eine parteiprogrammatische Gesinnungsidentität gelten. Vielmehr versuchte der Briefautor, die Machthaber des Dritten Reiches für die Umsetzung seiner volkstums- und kulturraumpolitischen Vorstellungen einzuspannen. Das lässt sich an zwei Beispielen festmachen, nämlich sowohl an der Berufung des österreichischen Russlandhistorikers Hans Uebersberger, dem Aubin wider besseres Wissen als Forscher und Hochschullehrer wissenschaftliche Qualifikationen beimaß, die dieser in solchen Graden nicht besaß, nur um ihn als engagiertes NSDAP-Mitglied zwecks partei-seitiger Förderung seiner wissenschaftlichen Vorhaben ebenso in die Pflicht zu nehmen, als auch an dem von ihm mit Verve für die Breslauer Universität eingeforderten Lehrstuhl für Rassenhygiene.

Die Aufgabe, die es im Osten zu lösen galt, hat Aubin beispielhaft anlässlich der Gründung des Instituts für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Breslau formuliert: „Seit dem Mittelalter ist eine Vorfeldzone nach der anderen verloren gegangen. Die letzte Stellung ist erreicht. Sie wird aber nur dann zu halten sein, wenn wir uns nicht nur auf die Verteidigung beschränken und die Wirkung im Lande, sondern indem wir die vom Dritten Reich zu einer Grundforderung erhobene Losung einer völkischen Ostpolitik in die kulturelle Aufgabe übertragen und die in früheren Zeiten oft genug bewiesene Wirkung einer überlegenen geistigen Leistung auch im Osten ins Spiel bringen“ (S. 580).

Das Jahr 1945 führte zu keinem Bruch Aubin'schen Wissenschaftsverständnisses. Im Gegenteil: Zunächst versammelte er in Hamburg gleich gesinnte alte Kollegen wieder um sich, später als Gründungspräsident des Herder-Forschungsrats, wobei es ihm gelang, ein enges Band zwischen Ostforschung und einer auf die Restitution der deutschen Grenzen von 1937 ausgerichteten politischen Administration in Form des Gesamtdeutschen und des Vertriebenenministeriums zu knüpfen. Aubin gelang es auch, die Ostforschung in den Dienst des Kalten Krieges zu stellen, mit dem Ergebnis ihrer Disqualifizierung als Wissenschaft, für die das Zeitalter der Weltkriege erst mit der deutschen Vereinigung endete.

Auch wenn sich die politischen Parameter und damit die wissenschaftliche Aufgabenstellung auf Grund der Oder-Neiße-Grenze in Richtung der Begründung eines Rechts auf Heimat geändert hatten, konnte seine Durchsetzung nur auf der völligen Veränderung der Machtverhältnisse in dem von der Sowjetunion beherrschten Ostmitteleuropa unter Beseitigung des Bolschewismus beruhen. Und genau für diesen Fall, für eine politische Neugestaltung, hatte die Ostforschung Vorarbeiten zu leisten. Dazu war das Marburger Herder-Institut ins Leben gerufen worden. Und so rechnete Aubin darauf, „dass die Früchte einmal in dem Sinne, der uns von Anfang an vorschwebte, zu voller Reife gelangen werden“ (Brief vom 27.02.1966 an Johannes Papritz, S. 576). So war denn der wissenschaftlich-politische Kreis geschlossen, als der Autor zwei Jahre später verstarb. Er selbst hat auf Grund veränderter politischer Konstellationen zu keiner wissenschaftlichen Neubesinnung gefunden, nur bedauert, dass er nicht mehr dazu gekommen war, „die wissenschaftlichen Ansätze früherer Jahrzehnte zusammenzufassen und auszuführen“ (ebenda, S. 575). Hermann Aubin erlebte nicht mehr, dass wenige Jahre später die Ostforschung seines Verständnisses zu einem wissenschaftlichen Trümmerhaufen zusammenbrach, zumindest in den Teilen, die seit dem Ende des Ersten Weltkriegs auf volkstums- und kulturraumpolitischen Säulen beruhten. Sein wissenschaftliches Œuvre liegt weitgehend unter dieser Schutthalde begraben. Es würde sich lohnen, die Partien freizulegen, die

historiografischen Bestand *sui generis* beanspruchen können. Aber Aubin hat über die Ostforschung hinaus gewirkt, was aber nicht thematischer Gegenstand der Edition ist. Dennoch stellt M. dankenswerterweise den international renommierten Hochschullehrer vor, indem er dessen Wirken an der Universität Kairo beispielhaft dokumentiert. Der wissenschaftspolitische Blick Aubins ging eben weit über sein regionalgeschichtliches Arbeitsfeld hinaus.

Buchenbach

Hans-Erich Volkmann

Jan Eike Dunkhase: Werner Conze. Ein deutscher Historiker im 20. Jahrhundert. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 194.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2010. 378 S. ISBN 978-3-525-37012-4. (€ 39,90.)

In der seit einigen Jahren erfreulich produktiven historiografiegeschichtlichen Auseinandersetzung über Selbstverständnis, Rolle und Funktion deutscher Historiker im 20. Jh. ist Werner Conze kein unbeschriebenes Blatt mehr. Seine akademische Sozialisation im Leipziger Umfeld Hans Freyers und im Königsberger Milieu um Hans Rothfels, sein jugendbewegtes, volksgeschichtliches Engagement für die deutschen Minderheiten im östlichen Europa, seine Mitwirkung in Strukturen des nationalsozialistischen Regimes sowie bei der geschichtspolitischen Legitimierung von dessen Programm, seine Nachkriegskarriere in der Bundesrepublik und seine Geschichtsschreibung sind inzwischen sowohl monografisch als auch in einer Reihe von Aufsatzstudien kritisch und aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet worden. Dennoch bietet die als Berliner Dissertation bei Jürgen Kocka entstandene konzise Biografie Jan Eike Dunkhases eine höchst willkommene Zusammenfassung, Abrundung und Weiterführung dessen, was wir über einen der methodisch und wissenschaftsorganisatorisch einflussreichsten Historiker der alten Bundesrepublik wissen können.

Die in neun Kapitel gegliederte, gut lesbare Darstellung verfolgt im ersten, der Zeit bis 1945 gewidmeten Teil eine chronologische Linie, bei der die Schilderung der bildungsbürgerlichen Herkunft (Kap. I), der Studienjahre und akademischen Sozialisation (Kap. II) und vor allem von Conzes historiografischem und politisch-soldatischem Wirken im Dritten Reich (Kap. III) leider etwas blass und oberflächlich bleibt. Auf die beschränkte Quellenlage allein kann dies sicher nicht zurückgeführt werden. Zweifellos hätte der Vf. den ersten 35 Lebensjahren seines Protagonisten ohne Mühe mehr als nur ein Fünftel seines Textes widmen können. Dass die folgenden 41 Jahre auf diese Weise quantitativ mehr als dominieren, muss als bewusste Schwerpunktsetzung des Vf. verstanden werden. Es ist denn auch der zweite, eher systematisch angelegte Teil der Studie, der mit seiner „Multiperspektivität mehrerer Geschichten“ (S. 10) wirklich überzeugt, ja fesselt. Er schildert zunächst (Kap. IV) die äußere lebensgeschichtliche Entwicklung des aus dem „verlorenen deutschen Osten“ in den Westen, zunächst nach Göttingen, dann nach Münster, verschlagenen Familienvaters und hoffnungsvollen Nachwuchshistorikers, der sich seit 1957 schließlich als viel umworbener Ordinarius in Heidelberg etablieren konnte und – u.a. als zeitweiliger Rektor und in heftigen Auseinandersetzungen mit der Studentenbewegung der 68er – auch politisch weiterhin engagierte. Es folgt (Kap. V) eine eingehende Untersuchung der Transformation von Conzes Geschichtsbild von einer „revanchistisch aufgeladenen Volksgeschichte“ zu einer „pluralistisch ausgerichteten Sozialgeschichte“ (S. 10), mit der sich der Heidelberger Historiker nicht nur von der deutschumsfixierten „Ostforschung“ abwandte, sondern auch zu einem Wegbereiter der modernen deutschen Sozialgeschichtsschreibung wurde. Dass er freilich auch als Sozialhistoriker weiterhin stets auch Nationalhistoriker blieb, führt D. in Kap. VI vor Augen. Die in der Vorkriegszeit noch in der Kategorie des „Volkes“ erfasste Nation blieb für Conze auch nach 1945 eine der zentralen Ordnungsideen. Sie gab ihm nicht zuletzt auch weiterhin die Pflicht auf, sich auch politisch für die eigene, geteilte Nation einzusetzen, etwa als Mitglied des Kuratoriums unteilbares Deutschland. Im Ergebnis der historiografischen und politischen Häutungen